

Oktober 2006



Sieben Jahre nach dem Coup: Pakistans Regime in der Legitimitätskrise

Armin Hasemann, FES Islamabad

- Das gegenwärtige, vierte militärisch kontrollierte Regime in Pakistan vollendete am 12. Oktober 2006 sein siebtes Jahr an den Hebeln der Macht und übertrifft damit bereits jetzt die Regierungszeit jeder zivilen Regierung in der Geschichte des Landes.
- Während das tägliche Polidrama die Beobachter in seinen Bann zieht, bleiben die Akteure, das Establishment, unverändert.
- Der Anspruch, die Fehler der für alle gegenwärtigen Probleme verantwortlich gemachten zivilen Vorgängerregierungen zu korrigieren, verliert unterdessen rasant an Glaubwürdigkeit, so dass zum Zweck des Machterhalts verschärfte Gangarten zum Einsatz gebracht werden. Aber der Spielraum des Präsidenten und seiner Regierung verengt sich dabei zunehmend.

Hintergrund

Der Beginn der Regierung Musharraf stand ganz im Zeichen der bedingungslosen Implementierung des vom IMF diktierten Konsolidierungskurses, was bereits in der Ernennung des New Yorker Citibankers – und heutigen Premierministers – Shaukat Aziz zum Finanzminister zum Ausdruck kam. Es waren jedoch vor allem die Nachwirkungen der Ereignisse vom 11. September 2001, die der pakistanischen Wirtschaft zu unerhofftem Aufschwung verhalfen: politische Dividenden für die Rolle Pakistans im „Krieg gegen den Terror“, Budgethilfen des IMF und der Weltbank. Zurückfließendes Kapital vermögender Pakistani und Auslandspakistani gaben ab 2002 den Ausschlag für eine Entwicklung, die das Land, wenn man den Zahlen des staatlichen Economic Survey (2005/06) folgt, in fast allen makroökonomischen Daten besser dastehen lässt als je zuvor in seiner Geschichte. Auch wenn die Glaubwürdigkeit der Zahlen nicht nur von unabhängigen Ökonomen, sondern auch von der Weltbank in Frage gestellt wird, ist nicht zu leugnen, dass sowohl die Schwerindustrie als auch die Landwirtschaft – letztere eher aufgrund zuträglicher Wetterbedingun-

gen – beachtliche Wachstumsraten von bis zu 7,5% erreicht haben. Es war allerdings der Finanzsektor, der am stärksten von der enormen Liquidität einer kleinen Oberschicht profitieren konnte. Die Leasing-Angebote vervielfältigten sich, Kleinkredite wurden zuhauf an der boomenden Börse investiert, deren hochspekulatives Klima auch den Immobilienmarkt erfasste und die Preise nicht nur in den städtischen Zentren, sondern auch kleineren Provinzstädten explodieren ließ. Das Militär ist unterdessen landesweit zur führenden Kraft im Immobilienhandel aufgestiegen.

Während das Regime nicht müde wird, seine angeblichen wirtschaftspolitischen Erfolge öffentlich zu feiern, wird übersehen, dass eine einmalige Gelegenheit, hineinströmendes Kapital in arbeitsintensiven Kernbereichen der Industrie und der Landwirtschaft zu investieren und Beschäftigung zu schaffen, ungenutzt verstrich. Die wachsende Kluft zwischen Profiteuren und Beteiligten der gegenwärtigen Konsumwelle und der großen Masse jener, die hart am Rande der Armutsgrenze leben, von rasant gestiegenen Konsumentenpreisen für Güter des Grundbedarfs zusätzlich unter Druck geraten sind und die Entwicklungen

nur mit staunenden Augen verfolgen können, ließ jegliche Legitimität, über die das Regime verfügt haben mag, dahinschmelzen.

Krisen und Perspektiven

Die politische Landschaft verändert sich gegenwärtig fast täglich. Krisen und Enthüllungen über neue innenpolitische Skandale stehen Sondierungen über mögliche Allianzen zwischen verschiedenen Gruppen des Establishments gegenüber. Zentrale wirtschafts- und entwicklungspolitische Fragen bleiben unbeantwortet und weder auf Seiten der Regierung noch auf Seiten der Opposition sind klare Konzepte für die Zukunft des Landes erkennbar. Die politische Diskussion erschöpft sich überwiegend in vergleichsweise nebensächlichen, aber emotional und ideologisch aufgeladenen Fragen, wie beispielsweise einer Reform der umstrittenen Hudood Laws – eines Meilensteins der Islamisierung pakistanischen Rechts in den Augen religiöser Hardliner, eines Altraums moderater Kräfte und insbesondere Menschen- und Frauenrechtsgruppen. Verlauf und Ausgang dieser Diskussionen können jedoch als Indikatoren bei der Abwägung verschiedener Szenarien über die Zukunft des Demokratisierungsprozesses herangezogen werden.

Affären und Skandale

Der Legitimitätsverlust wurde durch eine Reihe von Wirtschaftsaffären und Politskandalen weiter beschleunigt. So verdoppelte sich innerhalb weniger Wochen der Zuckerpreis, offensichtlich aufgrund von Manipulationen der Zuckermühlenbesitzer, zu denen eine Reihe von Kabinettsmitgliedern gehören. Eine Untersuchung der Angelegenheit durch das National Accountability Bureau (NAB) wurde trotz landesweiter Proteste der Verbraucher verhindert; die Veröffentlichung der Namen involvierter Kabinettsmitglieder durch das Public Accounts Committee des Parlaments blieb folgenlos. In ähnlicher Weise wurde die Untersuchung des Börsencrashes vom März 2005 verhindert, in dem einige höchste Mitglieder der Regierungspartei und des Kabinetts ihre Hände im Spiel hatten. Dies gilt ebenso für die umstrittene und vom Supreme Court of Pakistan später aufgrund von Versäumnissen für nichtig erklärte Privatisierung der Pakistan Steel Mills. Allein die offizielle

Untersuchung ist in der pakistanischen Geschichte ein einmaliger Akt. Interessanterweise gehörte der Käufer, dem trotz besserer Offerten u.a. der Mills' Union der Zuschlag erteilt worden war, zum Kreis der Großspekulanten, die für den Börsencrash mitverantwortlich gemacht werden.

Das bisher größte die politische Landschaft erschütternde Beben wurde allerdings durch die angeblich versehentliche Tötung von Nawab Bugti, einem 79-jährigen balutschischen Nationalisten und Stammesführers sowie ehemaligen Chiefministers der Unruheprovinz Balochistan im Rahmen einer Militäroperation am 26. August ausgelöst. Balochistan, die größte (rund 44% der Fläche) und am dünnsten besiedelte (rund 5% der Bevölkerung) Provinz Pakistans ist zugleich die am wenigsten entwickelte. Obwohl Lagerstätte fast der gesamten Vorkommen an Erdgas und natürlichen Ressourcen und damit Fundament der Wirtschaftsaktivitäten des Raums Karachi und des Punjab, lebt über die Hälfte der Bevölkerung der Provinz unterhalb der Armutsgrenze, die Alphabetisierungsrate von Frauen liegt bei 7%, und die Säuglingssterblichkeit übersteigt in einigen Distrikten die 50%-Marke.

Angesichts dieser eklatanten und von der Bevölkerung als Ungerechtigkeit wahrgenommenen Unterentwicklung und Benachteiligung ist es nicht überraschend, dass sich ethnisch-balutschisch gefärbte nationalistische Bewegungen seit der Unabhängigkeit Pakistans eines stetigen Zulaufs erfreuen. Die Hauptforderungen beziehen sich dabei immer wieder auf größere Autonomie und Kontrolle über die eigenen Ressourcen, Kohäsionsförderung sowie Rückzug des wiederholt zur Unterdrückung solcher Forderungen eingesetzten Militärs. Wenn Musharraf nach seiner Machtübernahme als Teil seiner Sieben-Punkte-Agenda das Ziel steckte, die „Föderation zu stärken, Misstöne zwischen den Provinzen auszuräumen und die nationale Kohäsion wiederherzustellen“, so muss dieses Bemühen in Bezug auf die Provinz Balochistan als gescheitert betrachtet werden. Die aus Protest gegen die Militäraktion erfolgte Mandatsniederlegung sämtlicher, als Dissidenten gebrandmarkter Abgeordneter der balutschisch-nationalistischen Parteien in den Bundes- und Provinzparlamenten setzte hier ein

wichtiges Signal, das nicht unterschätzt werden darf.

Reaktionen und Trends

Arbeitslosigkeit, steigende Preise von Gütern des täglichen Bedarfs, wachsende Kriminalität, durch heftige Monsunregen zusätzlich in Mitleidenschaft gezogene, desolate städtische Infrastruktur bei gleichzeitiger Indifferenz zständiger Behörden sowie sich verschärfende politische Krisen – all diese Faktoren strapazieren die ohnehin blank liegenden Nerven großer Teile der Bevölkerung noch zusätzlich. Die politischen Parteien und andere zivilgesellschaftliche Akteure scheinen der Situation kaum gewachsen und greifen in ihren Entwürfen zur Reaktion auf die Krise häufig zu kurz.

Am 14. Mai einigten sich die exilierten Führer der beiden wichtigsten politischen Parteien PPP und PML (N), Benazir Bhutto und Nawaz Sharif, in London auf eine sogenannte „Charter of Democracy“. Diese möchte mit dem Ziel des Übergangs zu einer stabilen Demokratie die Zusammenarbeit zwischen jenen demokratischen Kräften stärken, deren politische Querelen in der Vergangenheit vom Militär geschickt zur Legitimierung und Absicherung der Machtübernahme genutzt wurden. Neben allgemeinen Absichtserklärungen und Prinzipien enthält die Charter einen konkreten Plan zur Abschaffung anti-demokratischer Institutionen und Maßnahmen zur Einleitung grundlegender Reformen. Andere, mit der PPP und der PML (N) unter dem Dach der ARD zusammen arbeitende Parteien, die religiöse Allianz der MMA sowie die Minderheitenbewegung PONM haben ihre Unterstützung der Charter signalisiert.

Der Enthusiasmus scheint bei genauerer Lektüre allerdings etwas verfehlt, denn zwei entscheidende Fragen werden von der Charter nicht berührt. Es finden sich keine Hinweise zur Reform der anachronistischen, von einer Grundbesitzerkaste und wenigen Großindustriellen dominierten Wirtschaftsstruktur und zur Reform der Produktionsformen des Landes, die maßgeblich für die ungleiche Verteilung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Macht, die mangelhafte Durchsetzung wirtschaftlicher und sozialer Rechte sowie die Marginalisierung eines Großteils der Bevölke-

rung verantwortlich sind. Genau so wenig lässt sich etwas über die Reform der verrotten, noch aus dem kolonialen Zeitalter stammenden bürokratischen Strukturen erfahren, die jedes demokratische Programm und System beinahe unweigerlich zum Scheitern verurteilen, solange sie nicht selbst unter der Perspektive guter und bürgerorientierter Regierungsführung neu errichtet worden sind. Dies ist nicht zuletzt am Beispiel des Dezentralisierungsprozesses aufschlussreich zu beobachten.

Während die Parteien noch weitgehend damit beschäftigt sind, sich selbst zu positionieren und Optionen abzuwägen, kommen viel versprechende Initiativen von Seiten informeller Gruppierungen wie z.B. dem zivil-militärischen Dialogforum. Ein Brief, der, unterzeichnet von 18 Mitgliedern der Gruppe – darunter pensionierte Generäle, drei Spitzenpolitiker von Regierungspartei und Opposition, Akademiker und prominente Journalisten mit überwiegend militärischem Hintergrund – gegen Ende Juli an den Präsidenten, den Premierminister sowie die Parteichefs gerichtet wurde, hat eine Welle von Reaktionen ausgelöst. Dabei war es weniger der Inhalt des Briefes, der im Wesentlichen bekannte Forderungen wie beispielsweise nach der Trennung der Ämter des Präsidenten und Armeechefs und Dezentralisierung aufstellte. Vielmehr wurde die Wirkung durch den Kreis der Absender und den gewählten Zeitpunkt erzielt.

Der größte Teil der Unterzeichner, der sich hier in einem Appell an ihren Präsidenten wandte, gehörte zur Zeit des Putsches zum engsten Mitarbeiter- oder Unterstützerkreis des Generals, und diese Stimmen können vom Establishment nicht ignoriert werden. Aber auch die politischen Parteien wurden aufgerufen, ihre Grabenkämpfe beiseite zu lassen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und für rechtsstaatliche Ordnung und gute Regierungsführung einzutreten, wofür flexible Positionen auf beiden Seiten und der Beginn eines breiten Dialogs zwischen dem zivilen und militärischen Lager notwendig seien.

Der Brief, der innerhalb kürzester Zeit auch international Schlagzeilen machte, fand seine Nachahmer unter einer Gruppe von acht ehemaligen Richtern, Übergangspremiers und Parlamentssprechern, die bereits einen etwas

aggressiveren Ton anschlagen und wachsenden Machtmissbrauch, um sich greifende Korruption und Gesetzlosigkeit ebenso anprangern wie umstrittene Privatisierungsvorhaben und die Vernachlässigung sozialer Entwicklung. Diese Aussagen wurden von einer Initiative der Anwaltskammer aufgegriffen, die eine Unterschriftenaktion gestartet hat und nicht weniger als 100.000 Unterzeichner aus dem juristischen Umfeld für ihr Schreiben gewinnen will.

Die Reaktionen der Adressaten erschöpften sich bislang in relativ globalen und nichts sagenden Verlautbarungen. So werden reaktive Kräfte heraufbeschworen, die nur an der Wiederherstellung ihres alten Status interessiert seien. Indessen ist klar geworden, dass sich inzwischen ein breiter Konsens durch alle Segmente der pakistanischen Gesellschaft darüber gebildet hat, dass das Militär sich zugunsten repräsentativer Organe und Prozesse aus dem politischen Geschäft zurückziehen und auf seine verfassungsgemäßen Kernaufgaben konzentrieren sollte.

Außenpolitisch erhält die militärisch dominierte Regierung Musharraf dagegen wenig Gegenwind. Dem Mantra des Präsidenten weitgehend folgend, scheinen sowohl Europäer als auch die USA in ihr nach wie vor einen Garanten der Stabilität in Südasien zu sehen und setzen große Hoffnungen in ihr politisches Überleben. Nicht zuletzt unter dem Druck der Amerikaner kam es am Rande der UN-Generalversammlung trotz der angespannten Beziehungen sogar zu Begegnungen mit den Nachbarn Hamid Karzai und Manmohan Singh. Diese versicherten sich ihres gegenseitigen Dialogwillens - trotz wiederholter Zwischenfälle im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet einerseits und der Anschläge von Bombay andererseits, bei denen eine Involvierung pakistanischer Extremistengruppen und Geheimdienste vermutet wird.

Szenarien für die Parlamentswahlen 2007

Innerhalb der letzten vier Jahre hatten die Bürger Pakistans viermal die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben, darunter zweimal auf kommunaler Ebene, einmal auf Bundes- und Provinzebene sowie einmal im Rahmen eines

Referendums über die Zukunft des Präsidenten.

Die massive Manipulation der Kommunalwahlen vom Herbst 2006, die in den Augen vieler Bürger das Maß des Tolerierbaren überstieg, hat zu einer weit verbreiteten Desillusionierung hinsichtlich des politischen Prozesses geführt und die Regierung weiter diskreditiert. Die Wahlen galten vielen Beobachtern als Wegbereiter für die Neuaufstellung des politisch-militärischen Establishments und seiner zivilen Fassade, von deren Erfolg auch das politische Überleben des Präsidenten und Armeechefs, General Pervaiz Musharraf abhängt. Sollte es dem Präsidenten gelingen, sich die notwendigen Mehrheiten im nächsten Parlament zu sichern, sind weitere Verfassungsänderungen in Richtung auf ein Präsidialsystem zu erwarten.

Doch die sorgfältig aufgebaute demokratische Fassade, die nach der erfolgreich betriebenen Spaltung der wichtigsten Oppositionsparteien PPP und PML (N) und mit Versprechungen an die religiösen Parteien zusammengezimmert worden war, scheint weniger stabil als erwartet. In einer Situation, wo der Präsident de facto die Funktionen des Premierministers als Chef der Regierung mit übernimmt und mehr als 600 aktive oder pensionierte Militärs in öffentlichen Schlüsselfunktionen untergebracht wurden, ist der politische Spielraum der zivilen Parteien und ihrer Minister äußerst gering. Dies hat wiederholt zu ernsthaften Spannungen und Konflikten zwischen und innerhalb der Koalitionsparteien geführt und Musharraf in die Rolle des Schlichters gedrängt.

Die neuesten Risse innerhalb der regierenden PML (Q) wurden im Zusammenhang mit der Diskussion um eine Anpassung der kontroversen Hudood Ordinance sichtbar und scheinen mittlerweile irreparabel. Sieben Jahre offiziellen Bekenntnisses zur "enlightened moderation" haben es offensichtlich nicht vermocht, den Chef der Partei und politischen Hauptverbündeten aus seiner ideologischen Affinität mit der MMA herauszuholen. Aber auch innerhalb der PPP wurden angesichts ihrer Bereitschaft, im Falle der Hudood Ordinance mit der Regierung zusammenzuarbeiten, kontroverse Stimmen laut. Mit Ausnahme des MQM sind damit alle wichtigen im Parlament vertre-

tenen Parteien intern zerstritten und es ist nicht unwahrscheinlich, dass es im Vorfeld der Wahlen zu neuen Abspaltungen kommt. Der wichtigste – und wahrscheinlich beabsichtigte – Effekt der Diskussion über eine Anpassung der Hudood Ordinance bestand allerdings in der erfolgreichen Ablenkung der Aufmerksamkeit der Oppositionsparteien von den erwähnten Affären und Skandalen und insbesondere der aufgeheizten Atmosphäre nach der Ermordung Nawab Bugtis.

Die wichtigste Frage im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen ist und bleibt indes, ob General Musharraf vor seiner beabsichtigten Wiederwahl zum Präsidenten vom Posten des Armeechefs zurücktritt.

Der Präsident wird durch die Nationalversammlung, den Senat sowie die vier Provinzparlamente gewählt. Seine fünfjährige Amtszeit endet am 15. November 2007, die Legislaturperiode der Nationalversammlung und der Provinzparlamente läuft dagegen bereits im Oktober 2007 aus. Damit geraten schon die Modalitäten der Wiederwahl zum Streitpunkt: Während die Unterstützer des Präsidenten behaupten, die Verfassung sanktioniere selbst die Wiederwahl des Präsidenten in Uniform und durch die gegenwärtigen Parlamente, weisen seine Gegner darauf hin, dass nur die neu gewählten Parlamente über das Mandat verfügen würden, ihn im Amt zu bestätigen – und selbstverständlich nur als Zivilist. Eine Entscheidung des Supreme Court zu der Frage steht noch aus.

Unterdessen scheint die PPP bereit, Musharraf als zivilen Präsidenten zu unterstützen, sofern der Parteichefin Benazir Bhutto die Rückkehr nach Pakistan sowie die Teilnahme als Kandidatin in freien und fairen Wahlen gestattet würde. Andernfalls blieben zwei Optionen: es könnte ein Notstand ausgerufen werden, der die Verschiebung der Wahlen rechtfertigen und die Wiederwahl des Präsidenten durch die amtierenden Parlamente ermöglichen würde; oder die Wahlen könnten in einer Weise manipuliert werden, dass eine komfortable Mehrheit von Unterstützern in den Parlamenten gesichert wird. Angesichts der Art und Weise, wie das Militär es bisher verstanden hat, politische Angelegenheiten zu managen, können beide Optionen trotz des zu

erwartenden nationalen und internationalen Schadens nicht ausgeschlossen werden.

Mit Blick auf die erwähnte innere Zerstrittenheit der meisten Oppositionsparteien scheint es immer wahrscheinlicher, dass die politische Basis des Präsidenten sich in Zukunft aus Unterstützern aus den Reihen der Regierungspartei, aber auch der PPP, des MQM und möglicherweise der paschtunisch-nationalistischen ANP in der NWFP zusammensetzen könnte. In Balochistan wäre ein Deal mit der JUI (F) als größter Partei innerhalb der MMA oder eine direkte Gouverneursverwaltung denkbar. Der Opposition zuzurechnen wären die JI als zweitgrößte Partei innerhalb der MMA, musharraf-feindliche Gruppen innerhalb der PPP und MQM, die PML (N) – sofern es ihr gelingt, ihre Wählerbasis zu sichern – sowie weitere kleinere und regionale Parteien.

Sollte eine Einigung mit Benazir Bhuttos PPP erzielt werden, sind Parlamentswahlen im Frühjahr 2007 wahrscheinlich. Dies würde eine Grundlage dafür legen, dass Musharraf seine Uniform ablegt und sich als ziviler Präsident für eine zweite fünfjährige Amtszeit im Herbst 2007 zur Wahl stellt. Der Einfluss ziviler Parteien auf die Regierungspolitik wäre dann vor allem davon abhängig, wie sehr es der PPP gelingt, ihre Positionen durchzusetzen. Ein solches Szenario fände die Unterstützung wichtiger Machtzirkel innerhalb der Gesellschaft, darunter den Grundbesitzern und Wirtschaftsmagnaten, aber auch all derer, die nach dem 11. September in Pakistan umfangreiche Investitionen getätigt haben, sowie der Armee.

Andererseits ist sich die PPP der Gefahren einer Spaltung bisher beispiellosen Ausmaßes bewusst, die nahezu unabwendbar scheint, wenn die Partei dem General zu große Zugeständnisse machen würde. Sollte es nicht zu einer Übereinkunft kommen, bleibt ihr immer noch die Ausweitung der Zusammenarbeit unter dem Dach der ARD und auf der Basis der Charter of Democracy. Gleichzeitig würden dabei taktische Kontakte mit der MMA deren völliger Instrumentalisierung durch Musharraf begegnen. Das Dilemma der MMA ist angesichts ihres schwindenden operativen Spielraums offensichtlich: zu großer Druck auf die Regierung könnte die Disqualifizierung eines Großteils ihrer Abgeordneten zur Folge

haben, da diese die Minimalanforderung bezüglich Bildung nicht erfüllen. Anstatt des geforderten BA-Hochschulabschlusses können sie oft nur Diplome religiöser Seminare vorweisen, die in den vergangenen Wahlen ausnahmsweise anerkannt wurden, ohne dass diese Regelung für die Zukunft verbindlich festgeschrieben worden wäre. Die JUI (F) hat aufgrund ihrer Regierungsbeteiligung in den Provinzen NWFP und Balochistan am meisten zu verlieren, droht sich bei jedem weiteren Zugeständnis an Musharraf aber auch am meisten von den anderen Oppositionsparteien zu entfremden.

Fazit

Die Geschichte hat gezeigt, dass der Rückzug der Armee aus der Politik sich niemals in Form eines Transitionsprozesses vollzog. Das gegenwärtige Regime scheint dabei keine Ausnahme zu machen. Im Gegenteil: da das Hauptmotiv der Armee auf die Stärkung und den Ausbau ihres Finanzimperiums gerichtet

ist, nimmt das Interesse an der direkten Einflussnahme auf die nationale Politik mit der Zeit noch zu. Sofern nicht externe Faktoren – wie Flugzeugabstürze oder die Sezession eines bedeutenden Landesteils – für den Regimewechsel sorgten, ging die Macht in der Vergangenheit deshalb von einem General an den nächsten über. Die vorgenommenen Verfassungsänderungen und Verwaltungsreformen verschwanden in der Regel zusammen mit den Regimen, die diese eingeführt hatten.

Ein Regime, das nach eigener Aussage vor sieben Jahren widerwillig an die Macht gelangt ist, bereitet sich nun auf eine weitere fünfjährige Amtszeit vor. Sowohl Freunde als auch Feinde scheinen jedoch zunehmend die Überzeugung zu teilen, dass dies nicht tolerierbar ist. Die kommenden Monate werden die wahren Absichten des Präsidenten offenlegen. Angesichts der schwindenden Handlungsspielräume ist er gezwungen, sich recht bald eine solide zivile Basis zu schaffen, um einen möglichen Sturz zu verhindern.

Abkürzungen:

ANP	Awami National Party
ARD	Alliance for the Restoration of Democracy
Jl	Jamaat-e-Islami
JUI (F)	Jamiat-ul-Ulema-e-Islam, Fazl-ur-Rehman Group
MMA	Muttahida Majlis-e-Amal
MQM	Muttahida Qaumi Movement
NWFP	North-West Frontier Province
PML (Q)	Pakistan Muslim League, Qaid-e-Azam Group
PML (N)	Pakistan Muslim League, Nawaz Group
PONM	Pakistan Oppressed Nations' Movement
PPP	Pakistan People's Party

Ansprechpartnerinnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-516, E-Mail: Beate.Bartoldus@fes.de (verantwortlich)

Ulrike Ehnes, Tel.: 0228-883-508, E-Mail: Ulrike.Ehnes@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-575

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: www.fes.de/asien.